

Jacek Tebinka

ORCID 0000-0003-3000-2499

DOI: 10.24425/historie.2020.133248

Polen und seine Verbündeten auf der neuen Landkarte Europas nach dem Ersten Weltkrieg

Keywords: borders, Poland, alliances, Germany, Soviet Russia, Treaty of Riga, European security

Die Wiedergeburt des unabhängigen Polen im Herbst 1918 markierte zugleich den Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen um den Verlauf der polnischen Grenzen. Infolge der militärischen Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns, der Revolution sowie des anschließenden Bürgerkriegs in Russland entstand ein politisches Vakuum in Mitteleuropa. Der Sturz der in diesen Reichen herrschenden Dynastien der Hohenzollern, der Habsburger und der Romanows war das symbolische Ende der Teilungsmächte. Die nach der Unabhängigkeit strebenden polnischen Eliten versuchten, diese Situation auszunutzen, um nach 123 Jahren der Teilung die Wiedererrichtung eines unabhängigen Staates zu erreichen.¹

Die ersten beiden Jahre der Unabhängigkeit Polens und der Grenzkämpfe im Westen und Osten des Landes machten die größten äußeren Gefahren sichtbar, die auch in der Zukunft auftreten konnten. Die größte Bedrohung für Polen lag in der Möglichkeit eines Krieges mit einem der beiden geschwächten, aber weiterhin gefährlichen Nachbarn, dem bolschewistischen Russland oder Deutschland. Nicht zu vergessen sind auch der Krieg mit dem entstehenden ukrainischen Staat um Ostgalizien (1918-1919) und die bewaffneten Konflikte mit der Tschechoslowakei um das Teschener Schlesien sowie mit Litauen um Wilna. Die polnischen Entscheidungsträger hatten, selbst wenn sie aus gegnerischen politischen Lagern kamen, keine Zweifel, dass der wieder entstehende Staat ausreichend eigenes Gewicht haben musste, um auch unter

¹ Zu den Grenzkonzepten siehe ausführlicher Roman Wapiński, *Historia polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*, Gdańsk 1997, S. 165-175.

ungünstigen Bedingungen überleben zu können. Józef Piłsudski, der ehemalige Sozialist und jetzige Staatschef, war der Ansicht, dass „Polen zur Größe verurteilt“ sei. Präziser fasste dies der Führer der Nationaldemokratie, Roman Dmowski, der auch der polnischen Delegation auf der Friedenskonferenz in Paris vorstand: „[...] auf diesem Boden, auf dem Westeuropa endet und von dem aus sich die ausgedehnten Ebenen des Ostens erstrecken, der überdies in jüngster Zeit zwischen zwei großen Staaten, Deutschland und Russland, liegt, ist kein Platz für einen kleinen, schwachen Staat. Hier kann nur ein großer Staat existieren.“²

Polen war indes nicht in der Lage, selbstständig über seine Grenzen zu entscheiden, zumal die Ententemächte im Friedensvertrag mit Deutschland die Westgrenze des Landes schon festgelegt hatten. Großbritannien, Frankreich, Italien und, bis zu ihrem Rückzug aus europäischen Angelegenheiten im Jahr 1920, auch die Vereinigten Staaten spielten die entscheidende Rolle bei der Grenzziehung in Europa. Sie errichteten ein neues Sicherheitssystem, nachdem die auf dem Wiener Kongress beschlossene Ordnung zusammengebrochen war. Dmowski urteilte übertrieben, aber recht zutreffend, über den amerikanischen Präsidenten sowie über den britischen und französischen Premierminister: „Wilson hat die Mentalität einer Pensionärin, Lloyd George ist in internationalen Angelegenheiten einfach ein Analphabet, und bei Clemenceau obsiegt die Leidenschaft über den Verstand.“³

Die Haltung zu den polnischen Forderungen nach einer Wiedererrichtung der Republik in den Grenzen aus der Zeit vor der zweiten Teilung, also nach einem territorial ausgedehnten Staat, war jeweils davon abhängig, welche Position die Mächte für Polen in Europa vorsahen. Die Briten verfolgten konsequent, anfangs Hand in Hand mit den Amerikanern, später selbstständig, ihre auf die Errichtung eines polnischen Rumpfstaaes abzielenden Bestrebungen. Noch im Ersten Weltkrieg sahen britische Politiker in einem unabhängigen, aus den Territorien der drei Teilungsgebiete zusammengesetzten Polen eine Bedrohung für die Stabilität des Friedens in Europa. Sie fürchteten negative Folgen für Großbritannien, wenn die

² Roman Dmowski, *Polityka polska i odbudowanie państwa*, Bd. 1, Warszawa 1989, S. 59.

³ Janusz Pajewski, *Budowa Drugiej Rzeczypospolitej 1918-1926*, Kraków 1995, S. 98.

deutsch-russische Grenze nicht mehr bestehen würde. Während der Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1919 ließ sich die britische Delegation von dem Grundsatz leiten, den Deutschen keine Friedensbedingungen aufzuerlegen, die das Land zu sehr schwächen und seinen Wunsch nach Revanche wecken würden. Insbesondere der britische Premier David Lloyd George stand während der Konferenz und auch später noch, am Ende seiner Amtszeit, den polnischen Gebietsforderungen im Westen und Osten feindselig gegenüber. Er geriet darüber mehrfach in Konflikt mit den eigenen Diplomaten und Experten. Frankreich kümmerte die Gefahr einer deutschen Revanche nicht, da das Land es selbst auf Vergeltung für den verlorenen Krieg von 1870 abgesehen hatte und das besiegte Deutsche Reich in jeder Hinsicht – territorial, militärisch und wirtschaftlich – schwächen wollte. In der Konsequenz unterstützte es Polen bei seinen Grenzforderungen und strebte wenigstens bis 1924 danach, die Lasten und Beschränkungen aufrechtzuerhalten, die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegt wurden.⁴

Infolge des unausweichlichen Konflikts mit den Bolschewiki stand Polen schon im Sommer 1920 kurz vor der militärischen Niederlage und drohte seine Unabhängigkeit gleich wieder zu verlieren. Anfang August näherten sich Einheiten der von Michail Tuchačevskij geführten Roten Armee Warschau. Die Deutschen suchten nur nach einem Grund, um Großpolen und Westpreußen im Falle einer polnischen Niederlage wieder zu besetzen. Während der bolschewistischen Offensive im Juli 1920 zwangen die Westmächte den polnischen Premier Władysław Grabski in Spa, in den Streitfragen zur Zukunft Ostgaliziens, Wilnas, des Teschener Schlesiens und der Freien Stadt Danzig sehr ungünstige Bedingungen zu akzeptieren. In einem Abkommen vom 10. Juli 1920 machte er weitreichende Zugeständnisse: Für das Versprechen britischer Vermittlung im Konflikt mit dem bolschewistischen Russland und eine weiter nicht definierte Hilfe vonseiten der westlichen Verbündeten – und zwar für den Fall, dass Russland keine positive Reaktion zeigen sollte – stimmte der polnische Premier einer Waf-

⁴ Zara S. Steiner, *The Lights that Failed: European International History 1919-1933*, Oxford 2005, S. 21-43; als die umfassendste Arbeit zur polnischen Frage auf der Pariser Konferenz gilt weiterhin: Kay Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles, 1918-1919*, Odense 1979; zur britischen Politik in der Frage der polnischen Westgrenze siehe: Patricia A. Gajda, *Postscript to Victory: British Policy and the German-Polish Borderlands, 1919-1925*, Washington 1982.

fenstillstandslinie zu, die dem am 8. Dezember 1919 erreichten Frontverlauf entsprach. Auch willigte er ein, Wilna den Litauern abzutreten. In Galizien sollten die Armeen beider Seiten auf der Linie verharren, die sie am Tag des Waffenstillstands erreicht haben würden. Den Triumph Lloyd Georges bestätigte noch die polnische Einwilligung, die künftige Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten im Grenzstreit mit Litauen und über das Schicksal Ostgaliziens als bindend zu akzeptieren. Trotz des späteren Sieges über das bolschewistische Russland gelang es Polen nicht mehr, die ungünstigen Entscheidungen über das Teschener Schlesien und Danzig zu ändern.⁵

Der Sieg im Krieg gegen die Bolschewiki bewirkte indes, dass nicht die Großmächte über den Verlauf der polnisch-russischen Grenze entschieden. Der Waffenstillstand, der am 18. Oktober 1920 in Kraft trat, beendete die Kampfhandlungen gegen die Bolschewiki.⁶ Abgesehen von der Besetzung Wilnas und dem dritten Aufstand in Oberschlesien war es der letzte bewaffnete Akt im Ringen um die Grenzen des polnischen Staates. Ohne den Erfolg im Krieg von 1920 hätte es kein unabhängiges Polen gegeben und in den beiden Zwischenkriegsjahrzehnten hätte nicht eine polnische Gesellschaft entstehen können, die imstande war, die noch schwerere Prüfung in der Zeit des Zweiten Weltkriegs zu überstehen.

Am 18. März 1921 wurde in Riga der Friedensvertrag zwischen der Republik Polen, Sowjetrussland und der Sowjetukraine geschlossen. Er beendete einen zweijährigen Krieg. Auf seiner Grundlage wurde die Grenze der Republik Polen wesentlich weiter im Osten gezogen, als es die Briten zur Zeit der größten polnischen Niederlagen mit der sogenannten Curzon-Linie vorgeschlagen hatten. Die Worte Piłsudskis und Dmowskis über ein großes Polen gingen zur Hälfte in Erfüllung. Ersterer dachte an eine Föderation mit Litauen, Weißrussland und der Ukraine, Zweiterer an einen Staat ohne nennenswerte nationale Minderheiten, in dem die Polen klar die Mehrheit der Bevölkerung stellen würden. Die Föderationsidee scheiterte, es entstand ein Polen, das sowohl mit den Litauern als

⁵ Tadeusz Jędruszczak/Maria Nowak-Kielbikowa (Hg.), *Dokumenty z dziejów polskiej polityki zagranicznej 1918-1939*, Bd. 1: 1918-1932, Warszawa 1989, S. 99 f., siehe auch: Władysław Grabski, *Wspomnienia ze Spa*, bearb. v. S. Kirkor, London 1973.

⁶ *Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich*, Bd. 3: *Kwiecień 1920 – marzec 1921*, Warszawa 1964, S. 472-475.

auch mit den Ukrainern in Konflikt stand. Der Umstand, dass über 30 Prozent der Bevölkerung der Zweiten Republik nationalen Minderheiten angehörten, machte Konzepte für die Assimilierung dieses beträchtlichen Bevölkerungsteils unrealistisch.⁷

Möglicherweise resultierte die Großzügigkeit, mit der die Bolschewiki in den Friedensverhandlungen weißrussische Gebiete als Angebot ins Spiel brachten, nicht nur aus ihrer militärischen Niederlage, sondern, wie Roman Wapiński glaubte, aus der Überzeugung, dass Polen an einem Übermaß von Gebieten, in denen die polnische Bevölkerung in der Minderheit war, „ersticken“ würde. Daher bemühte sich die polnische Delegation auch nicht, Minsk zu bekommen, wofür sie von Anhängern des Föderationskonzepts kritisiert wurde.⁸

Mit dem Wilnaer Gebiet und dem östlichen Teil Oberschlesiens, der Polen nach dem Plebiszit und dem dritten Aufstand in Oberschlesien zugefallen war, hatte das Land im Jahr 1922 eine Fläche von 386.634 Quadratkilometern und über 27 Millionen Einwohner. Es war hinsichtlich dieser beiden Faktoren das sechstgrößte Land in Europa. Der Verlauf und die Länge seiner Grenzen stellten für die Verteidigungsfähigkeit Polens aber ein ernstes Problem dar. Abgesehen von den Karpaten im Süden gab es keine nennenswerten natürlichen Hindernisse. Die fast 2.000 Kilometer lange Grenze mit Deutschland war besonders ungünstig, auch wenn ein Teil davon auf das vom Reich abgeschnittene Territorium Ostpreußens entfiel. Etwas besser stellte sich die Lage mit der über 1.400 Kilometer langen Grenze zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dar, die 1922 formell entstand. Ein grundlegendes Problem, das sich auf die militärischen Möglichkeiten genauso wie auf die Effektivität der polnischen Außenpolitik auswirkte, war die wirtschaftliche Schwäche Polens. Diese ergab sich vor allem aus der enormen zivilisatorischen Rückständigkeit vor allem des ehemals russischen

⁷ Jerzy Borzęcki, *The Soviet-Polish Peace of 1921 and the Creation of Interwar Europe*, New Haven 2008, S. 207-224; zu den Friedensverhandlungen siehe auch den Bericht des Leiters der polnischen Delegation: Jan Dąbski, *Pokój ryski*, Warszawa 1931; zur Nationalitätenstruktur siehe Piotr Eberhardt, *Między Rosją a Niemcami. Przemiany narodowościowe w Europie Środkowo-Wschodniej w XX wieku*, Warszawa 1996, S. 101-113; *Mały rocznik statystyczny 1930*, Warszawa 1930, S. 9.

⁸ Wojciech Materski, *Tarcza Europy. Stosunki polsko-sowieckie 1918-1939*, Warszawa 1994, S. 69-79; zu den Differenzen zwischen Dmowski und Piłsudski in der Frage der Ostpolitik siehe Roman Wapiński, *Polityka i politycy. O polskiej scenie politycznej XX wieku*, Wrocław 2006, S. 60-73.

Teilungsgebiets. Die ehemaligen Territorien des preußischen Teilungsgebiets waren von der westeuropäischen modernen Industriegesellschaft geprägt und verfügten über eine gut entwickelte Landwirtschaft. Am anderen Ende der Skala befand sich Polesien, wo die Naturalwirtschaft eine bedeutende Rolle spielte.⁹

In einer derart ungünstigen Lage zwischen Deutschland und Russland musste Polen Verbündete suchen, egal wie militärisch schwach diese Staaten in den 1920er Jahren auch sein mochten. Die Gefahr wurde noch dadurch verstärkt, dass die beiden größten Nachbarn am Zustandekommen der Beschlüsse zur europäischen Sicherheitsordnung nicht beteiligt gewesen waren. Im Falle Deutschlands schützten Polen die militärischen Beschränkungen, die Deutschland in Versailles auferlegt worden waren, die politische Instabilität und die teilweise Besetzung Deutschlands durch die Alliierten.

Das Fundament der Sicherheit Polens in bündnispolitischer Hinsicht war Frankreich, das zwischen 1918 und 1921 in Europa diejenige Großmacht war, welche die freundschaftlichsten Beziehungen zu Polen unterhielt. Paris brauchte, um Deutschland in die Schranken weisen zu können, einen Verbündeten in Osteuropa, der das zaristische Russland ersetzen konnte. Die beiden Länder legten sich auf den Bündnisschluss fest, als Piłsudski Anfang Februar 1921 Paris besuchte. Der Vertrag trat erst ein Jahr später in Kraft und bestand aus einem politischen Abkommen und einer geheimen Militärkonvention. Artikel 1 des politischen Abkommens verpflichtete beide Seiten dazu, „sich in allen außenpolitischen Fragen zu verständigen, die beide Staaten betreffen“. Vereinbarungen über gegenseitige Hilfe im Falle eines nicht selbst provozierten Angriffs wurden in Artikel 3 festgehalten: „[...] beide Regierungen verständigen sich mit dem Ziel, ihr Territorium zu verteidigen und ihre berechtigten Interessen zu schützen“. Als bindend angenommen wurde die französische Version anstelle des weitergehenden polnischen Vertragsentwurfs, der die Verpflichtung der Signatarstaaten vorsah, „einander Unterstützung und Hilfe“ zu gewähren. Das wichtigste Element war die Militärkonvention, welche die Pflichten

⁹ Ignacy Weinfeld (Hg.), *Tablice statystyczne Polski 1923*, Warszawa 1923, S. 2 und 5; zur Stellung Polens in Europa siehe Piotr Łossowski, *Polska w Europie i świecie*, Warszawa 1990, und Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski, *Polska w Europie i świecie. 1918-1939*, Warszawa 1980.

beider Seiten für den Fall eines bewaffneten Konflikts präzierte. Beide Staaten versprachen, im Falle eines deutschen Angriffs einander Hilfe zu gewähren. Sollte es zu einem Angriff des bolschewistischen Russlands auf Polen kommen, verpflichtete sich Frankreich, „zu Lande und zu Wasser“ zu handeln, „um zur Gewährleistung von Polens Sicherheit gegenüber Deutschland beizutragen“, mit anderen Worten: nicht zuzulassen, dass beide Länder Polen zugleich angriffen. Nicht vorgesehen war in der Militärkonvention indes eine Verpflichtung Frankreichs, in einen Krieg gegen das bolschewistische Russland einzutreten, sollte dieses Polen angreifen. Die Hilfe sollte dann in Lieferungen für die polnische Armee bestehen, die, wie später festgelegt wurde, über den rumänischen Hafen Constanța und von dort aus mit der Eisenbahn durch Rumänien nach Polen geführt werden sollten. Den Bündnisvertrag flankierte ein französischer Rüstungskredit für die polnische Armee, der sich auf einen Betrag von mehr als 400 Millionen Francs belief.¹⁰

Das Bündnis mit Frankreich wurde zum grundlegenden Baustein der polnischen Sicherheit, bis Großbritannien Ende März 1939 seine Garantieerklärung abgab, die politische, aber keine militärische Bedeutung erlangte. Paris hatte mehr Spielraum zum Manövrieren als Warschau, weshalb es dem Bündnis mit Polen ab Mitte der 1920er Jahre eine immer geringere Bedeutung beimaß, als es danach strebte, die Beziehungen zu Deutschland und später auch zur Sowjetunion zu verbessern. Formell hatte der Bündnisvertrag mit Polen, der um weitere Abkommen ergänzt wurde, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Bestand: Frankreich beschränkte sich dabei darauf, dem „Dritten Reich“ den Krieg zu erklären, unternahm aber keine Offensivhandlungen an der Westfront.

Im Verhältnis zum Vertrag mit Frankreich hatte die Allianz mit Rumänien, die am 3. März 1921 geschlossen wurde, eine ergänzende Funktion. Dieser Staat unterhielt als einer von wenigen Nachbarn in den Jahren 1918 bis 1920 freundschaftliche Beziehungen zu Polen, und es kam sogar zu einer begrenzten militärischen Zusammenarbeit gegen die Westukrainische Volksrepublik. Beide Länder verband auch die Furcht vor der Bedrohung durch das bolschewistische Russland, das gegen Rumänien Gebietsansprüche auf

¹⁰ Jędruszczak/Nowak-Kielbikowa (Hg.), *Dokumenty z dziejów polskiej polityki*, Warszawa 1996, S. 129-133; Henryk Bułhak, *Polska-Francja. Z dziejów sojuszu 1922-1939*, T. 1: 1922-1932, Warszawa 1993, S. 17-21.

Bessarabien stellte, das vor dem Ersten Weltkrieg zum Russischen Reich gehört hatte. Der polnisch-rumänische Vertrag über ein Defensivbündnis mit geheimer Militärkonvention legte gegenseitige Verpflichtungen fest, darunter militärische, im Falle eines Angriffs auf einen der beiden Signatarstaaten. Das Bündnis hatte bei einem russischen Angriff einen defensiven Charakter. Die Militärkonvention verpflichtete Polen und Rumänien für diesen Fall zu gegenseitiger Militärhilfe. Für Warschau hatte dieser Vertrag, der Schwäche dieses Bündnispartners ungeachtet, wesentliche strategische Bedeutung. In einem Krieg mit Deutschland oder Russland würde ein befreundetes Rumänien Polen die Möglichkeit geben, französische Hilfe auch dann zu erhalten, wenn Lieferungen aus dem Westen über die Ostsee abgeschnitten sein würden.¹¹

Die Bündnisse mit Frankreich und Rumänien waren nicht ideal, aber in der damaligen Wirklichkeit waren sie das Äußerste, was die polnische Diplomatie erreichen konnte. Sie gaben ein Gefühl der Sicherheit, solange Deutschland und die UdSSR geschwächt waren und beide ihr Vorgehen gegen Polen nicht miteinander koordinierten. Bündnisschlüsse mit anderen, kleineren Nachbarn Polens erwiesen sich als unmöglich. Als naheliegendster Partner für eine Verständigung mochte Litauen erscheinen. Beide Staaten waren über Jahrhunderte hinweg miteinander verbunden gewesen, erst durch eine Personalunion, dann durch eine Realunion in Gestalt der Rzeczpospolita Obojga Narodów (Republik Beider Nationen). Der moderne litauische Nationalismus entstand jedoch gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Opposition zum Polentum, das die ernsteste Bedrohung für die nationale Identität der Litauer darstellte. Dies prägte die Beziehungen zwischen beiden Nationalstaaten schmerzlich und wirkt bis in die Gegenwart nach.

Streitgegenstand war Wilna, das die Litauer als ihre historische Hauptstadt ansahen, ohne die sie sich ihren unabhängigen Staat nicht vorstellen konnten. 1920 war Wilna indes eine Stadt mit einer mehrheitlich polnischen und jüdischen Bevölkerung, in der nur wenige Litauer lebten (etwa zwei Prozent). Dies hinderte Litauen aber nicht daran, Wilna von den Bolschewiki zu übernehmen und zu besetzen, allerdings erst, als diese in der Schlacht um Warschau unterlagen.

¹¹ Jędruszczak/Nowak-Kielbikowa (Hg.), *Dokumenty z dziejów polskiej polityki*, Warszawa 1996, S. 146-150.

Piłsudski entschloss sich zu einem politischen Trick, um die Stadt seiner Jugend zurückzubekommen. Er täuschte eine „Meuterei“ General Lucjan Żeligowskis vor, der Wilna am 9. Oktober 1920 mit Einheiten besetzte, die aus im Wilnaer Gebiet lebenden Polen bestanden, und verkündete, er tue dies gegen den Willen der polnischen Zentralregierung. Es ging darum, internationale Proteste, insbesondere vonseiten der Westmächte, zu vermeiden. Bald darauf proklamierte Żeligowski die Entstehung eines „selbstständigen“ Mittellitauen, dessen Parlament beschloss, das Wilnaer Gebiet Polen anzuschließen.¹²

Die Regierung in Kaunas verweigerte die Anerkennung der vollendeten Tatsachen, ähnlich ging in dieser Frage das bolschewistische Russland vor. Beide vertraten den Standpunkt, dass Wilna nach dem russisch-litauischen Vertrag vom 12. Juli 1920 zu Litauen gehöre. Die Obsessionen litauischer Politiker in der Frage der Eingliederung Wilnas in den polnischen Staat standen einer Annäherung mit Polen im Wege. Normale Beziehungen erwiesen sich als unmöglich. Erst im März 1938 willigte Litauen ein, diplomatische Beziehungen zu Polen aufzunehmen. Bis dahin endeten Straßen- und Eisenbahnverbindungen abrupt an der Grenze. Zwar gab es keine Minenfelder, doch blieb die Grenze ebenso für den Personenverkehr wie auch für den Handel geschlossen. Die Litauer waren dagegen bereit, mit jedem Feind Polens zusammenzuarbeiten. Dies schloss auch die UdSSR ein, welche Litauens Standpunkt in Bezug auf Wilna unterstützte. Litauen unterstützte auch ukrainische Terroristen.¹³ Litauische Politiker berücksichtigten nicht, dass nicht nur Wilna, sondern auch Litauen, Lettland und Estland ohne den polnischen Sieg bei Warschau und am Memel, aber auch ohne das, was sie als „polnische Besatzung“ bezeichneten, im Jahr 1920 in die Hände der Bolschewiki gefallen wären. Diese schmerzliche Erfahrung machten sie erst zwanzig Jahre später.

In Riga wurde die Bedeutung, welche Polen bei der Wahrung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten gespielt hatte, stärker gewürdigt, als dies in Kaunas der Fall war. Die antibolschewistische

¹² Anna M. Cienciala/Titus Komarnicki, *From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy 1919-1925*, Lawrence 1984, S. 136-149; Piotr Łossowski, *Konflikt polsko-litewski 1918-1920*, Warszawa 1996, S. 175-185.

¹³ Jacek Tebinka, *Śłużby specjalne Wielkiej Brytanii i Polski w XX wieku. Problem współpracy i rywalizacji*, in: Roman Wapiński (Hg.), *Czas XX wieku – nie tylko w polskiej perspektywie*, Gdańsk 2000, S. 210.

Zusammenarbeit mit Lettland endete jedoch schon Anfang 1920 nach einer gemeinsamen Militäroperation, nach der die polnische Armee das von der Roten Armee zurückeroberte Dünaburg an Lettland übergeben hatte. Lettland schloss anschließend Frieden mit dem bolschewistischen Russland und vermied eine Annäherung an Polen. Anders als die Beziehungen zu Litauen war das polnisch-lettische Verhältnis in den beiden Jahrzehnten zwischen den Kriegen freundschaftlich.¹⁴ Der Gebietskorridor, der Polen und Lettland miteinander verband, trug wesentlich zur Sicherheit der baltischen Staaten bei, da er Litauen und die UdSSR voneinander trennte.

Als kompletter Misserfolg erwiesen sich die polnischen, hauptsächlich von der Nationaldemokratie unternommenen Versuche, sich mit der Tschechoslowakei über eine Zusammenarbeit zu verständigen. Dieser Initiative standen noch nicht lang zurückliegende historische Ereignisse entgegen sowie sowie grundsätzliche Vorbehalte auf beiden Seiten gegen ein gemeinsames Vorgehen, wobei diese jedoch in Prag stärker ausgeprägt schienen als in Warschau. In Polen fiel es schwer, sich über die Einnahme und Besetzung des Teschener Schlesien durch die tschechoslowakische Armee Anfang 1919 hinwegzusetzen, da dies zu einem Zeitpunkt geschehen war, als die polnische Armee sich im Krieg gegen den ukrainischen Staat in Ostgalizien befand. Während des Polnisch-Sowjetischen Krieges wahrte die tschechoslowakische Regierung Neutralität, was in der Praxis darauf hinauslief, Lieferungen an Polen von Süden her abzuschneiden. In Prag hielt man Polen in der territorialen Gestalt, die es sich erkämpft hatte, für ein „saisonales“ Gebilde, das dem Gebietsrevisionismus Deutschlands und der UdSSR ausgesetzt war. Der Tschechoslowakei wurde zwar kraft einer Entscheidung der Pariser Konferenz zulasten Deutschlands das kleine Hultschiner Ländchen zugesprochen, doch wurde dieses Thema in der deutschen Propaganda nicht in dem Maße aufgegriffen, wie das bei den an Polen abgetretenen östlichen Gebieten der Fall war.¹⁵

¹⁴ Andrzej Skrzypek, *Stosunki polsko-łotewskie 1918-1939*, Gdańsk 1997, S. 24-32.

¹⁵ Siehe ausführlicher: Marek K. Kamiński, *Konflikt polsko-czeski 1918-1921*, Warszawa 2001. Zum Interesse der Tschechoslowakei an der Provinz Schlesien in den Jahren 1918/19 siehe Przemysław Hauser, *Śląsk między Polską, Czechosłowacją a separatyzmem. Walka Niemiec o utrzymanie Prowincji Śląskiej w latach 1918-1919*, Poznań 1991.

Der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš unterstützte auf der Konferenz der europäischen Staaten in Genua im April und Mai 1922 den britischen, antipolnischen Standpunkt in der Frage der Ostgrenze der Zweiten Polnischen Republik.¹⁶ Premier Lloyd George versuchte – wie sich erwies, ein letztes Mal –, die Stellung Polens in den östlichen Grenzgebieten zu untergraben. Er sah die polnisch-russische Grenze und die Frage der territorialen Zugehörigkeit Ostgaliziens und Wilnas als Quellen künftiger Spannungen in Europa. Lloyd George forderte, auf der Genueser Konferenz oder im Forum des Völkerbundes den Verlauf der polnischen Ostgrenze festzulegen. Der Chef der sowjetischen Diplomatie Georgij Čičerin, der erstmals zu einer Konferenz eingeladen wurde, untergrub den Rigaer Vertrag nicht unmittelbar, unterstützte aber den Standpunkt Lloyd Georges in Bezug auf Galizien und Wilna. Die Pläne für eine Änderung der polnischen Ostgrenze stießen auf den entschlossenen Widerspruch Polens, der, was am wichtigsten war, von der französischen Delegation gestützt wurde, sodass der britisch-sowjetische Vorstoß erfolglos blieb.¹⁷

Auf der Genueser Konferenz offenbarte sich eine weitere Bedrohung Polens in Gestalt einer Zusammenarbeit Deutschlands und Sowjetrusslands. Diese beiden Staaten schlossen am 16. April 1922 den Vertrag von Rapallo, in dem sie gegenseitig auf finanzielle Ansprüche verzichteten und diplomatische Beziehungen aufnahmen. Berlin half Russland aus der Isolation und konnte im Gegenzug eine geheime militärische Kooperation eingehen, die bis Anfang der 1930er Jahre andauerte und Deutschland dabei half, die militärischen Beschränkungen zu umgehen, die dem Land durch den Versailler Vertrag auferlegt waren. Rapallo bedeutete jedoch keine unmittelbare Bedrohung für Polen. Vorerst waren die Pläne Hans von Seeckts, des Befehlshabers der deutschen Rumpfarmee, für einen gemeinsamen deutsch-russischen Angriff auf Polen ein Hirngespinnst. Der deutsche Staat steckte in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, und die Franzosen waren bereit zu handeln, wenn Berlin die Reparationen nicht bezahlte: Sie besetzten im Januar 1923 das Ruhrgebiet.¹⁸

¹⁶ Zu seiner anhaltenden Aversion gegen Polen siehe Sławomir M. Nowinowski, *Polska w dyplomacji czechosłowackiej 1926-1932*, Łódź 2013, S. 229 f.

¹⁷ Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 191-197.

¹⁸ Josef Korbel, *Poland Between East and West: Soviet and German Diplomacy toward Poland 1919-1933*, Princeton 1963, S. 119-121.

Das Problem der Beziehungen Polens zu Deutschland und zur Sowjetunion lag in der Unvereinbarkeit der Interessen. Die fundamentalen Differenzen bestanden so lange, wie die polnischen politischen Eliten die Souveränität und Unabhängigkeit des polnischen Staates zu wahren beabsichtigten. In Berlin wollte man sich mit dem Verlust der Gebiete im Osten nicht abfinden. Die Weimarer Republik betrieb Polen gegenüber eine offen revisionistische Politik, und darüber bestand praktisch in der ganzen Breite der deutschen Politik, von den Kommunisten bis zur extremen Rechten, weitgehende Einigkeit.

Auf der anderen Seite musste sich die Sowjetunion zwar damit abfinden, dass ihr Versuch, die Revolution auf Bajonetten nach Europa zu tragen, in einem Fiasko geendet hatte, doch strebten die Moskau hörigen kommunistischen Parteien danach, die kapitalistischen Staaten, in denen sie aktiv waren, zu destabilisieren. In Polen sprachen sich die Kommunisten dafür aus, unter anderem Plebiszite in Westpreußen und in Oberschlesien abzuhalten, damit die dortige Bevölkerung selbst für sich entschied, was in der Absicht der Ideengeber einem Anschluss an Deutschland gleichgekommen wäre. Čičerin zeigte in Genua die wahre Haltung seiner Regierung zur Grenze mit Polen. Deren formelle Akzeptanz im Rigaer Vertrag hinderte die UdSSR nicht daran, Revolten der nationalen Minderheiten in den östlichen Gebieten Polens auszulösen oder dies zu versuchen. Es wäre ein Fehler, dem Glauben des Kreml an das Völkerrecht übermäßiges Gewicht beizumessen; davon zeugte dessen zweigleisige Politik mittels zwischenstaatlicher Beziehungen einerseits und der kommunistischen Bewegung andererseits, die dem Kreml die Möglichkeit gab, die wahren Ziele der Sowjetunion zu verwirklichen.¹⁹

In dieser Situation sind die Bemühungen der polnischen Diplomatie um eine Anerkennung der Ostgrenze durch die westlichen Mächte leicht nachvollziehbar. Den Impuls gab die litauische Besetzung Memels (Kłajpeda) Mitte Januar 1923, das unter der Kontrolle des Völkerbundes stand. Zusammen mit dem zuvor erfolgten Sturz der Regierung Lloyd Georges in London schuf dies ein günstiges Klima für die polnische Forderung, die in Frankreich und besonders im faschistischen, von Benito Mussolini regierten Italien positiv aufgenommen wurde. Selbst die britische Diplomatie war nun

¹⁹ Henryk Cimek, *Komuniści, Polska, Stalin 1918-1939*, Białystok 1990, S. 144 f.

geneigt, die polnisch-sowjetische und die polnisch-litauische Grenze anzuerkennen, und hegte lediglich Zweifel hinsichtlich des Schicksals Ostgaliziens.²⁰

Schließlich verkündete der aus Vertretern der genannten Mächte bestehende Botschafterrat am 15. März 1923 die Anerkennung der östlichen Grenze der Republik Polen zur UdSSR und zu Litauen und erkannte Ostgalizien Polen zu, wobei die Notwendigkeit ange-mahnt wurde, dort einen Autonomiestatus einzuführen. Unter dem Einfluss dieser Entscheidung erkannten auch die USA die polnische Ostgrenze an. Abgesehen von Frankreich, das durch eine Allianz mit Polen verbunden war, übernahmen die übrigen Mächte keine Verantwortung für die zukünftige Unverletzlichkeit des Landes. Lord Curzon, dessen Namen zum Synonym einer für Polen viel weniger vorteilhaften Grenzlinie wurde, äußerte sich am 16. Mai 1923 im House of Lords wohlwollend über die territoriale Gestalt Polens, wenngleich er Zweifel an den polnischen Versprechungen einer Autonomie Ostgaliziens zum Ausdruck brachte. Der damalige Premier, General Władysław Sikorski, war der Ansicht, „Polen wird ein drittrangiger Staat und verliert den ihm gebührenden Einfluss, sollte die Grenze bis zur Curzon-Linie zurückgenommen werden“²¹.

Die Rigaer Grenze erfüllte in der Zwischenkriegszeit quasi die Rolle eines „Eisernen Vorhangs“ zwischen zwei verschiedenen Welten. Dies nahmen vor allem die Polen wahr, aber auch die Diplomaten anderer Staaten, darunter die Briten, die über Polen in die UdSSR und zurückreisten.²²

In den folgenden Jahren erwuchs die größere Gefahr für die diplomatischen Interessen Polens indes vonseiten Deutschlands. Sie war eine Folge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der Hyperinflation von 1923 und der geschickten Politik Außenminister Gustav Stresemanns. Dieser nutzte die Ruhrbesetzung durch die Franzosen und die pazifistischen Stimmungen in Westeuropa, um von den

²⁰ Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 215-222.

²¹ Jacek Tebinka, *Polityka brytyjska wobec problemu granicy polsko-radzieckiej 1939-1945*, Warszawa 1998, S. 23-25; *House of Lords Debates*, 16 May 1923, vol. 54, S. 188-198, <http://hansard.millbanksystems.com/lords/1923/may/16/eastern-frontiers-of-poland> (31.03.2020).

²² Henryk Sokolnicki, *Pamiętnik*, Helsinki 1962, S. 145; Lord Gladwyn, *The Memoirs of Lord Gladwyn*, London 1972, S. 30.

westlichen Mächten Zugeständnisse in der Frage der Reparationszahlungen im Austausch gegen Zusammenarbeit bei der Erfüllung der deutschen finanziellen Verpflichtungen zu erhalten. Dabei half ihm auch, dass in Frankreich 1924 das sogenannte *Cartel des Gauches* die Macht übernahm, das gegenüber Deutschland eine Politik des Ausgleichs verfolgte. Diese Politik symbolisierte Aristide Briand, der diplomatische Partner Stresemanns und Chef der französischen Diplomatie.²³

Da Stresemann sich darüber im Klaren war, dass eine Veränderung der deutsch-französischen Grenze unrealistisch war, strebte er eine friedliche Rückgewinnung der an Polen verlorenen östlichen Gebiete an, was er für das leichter erreichbare Ziel hielt. In Warschau überzeugte man sich im Juni 1925, dass der westliche Nachbar sich zusehends stärker fühlte. Denn nun lief die Oberschlesien-Konvention aus, die es Polen gestattete, Kohle zollfrei aus Ost-Oberschlesien auf den deutschen Markt zu exportieren. Berlin begann einen Zollkrieg, indem es den Import polnischer Kohle auf symbolische Mengen begrenzte, worauf Warschau mit ähnlichen Handlungen in Bezug auf den deutschen Export nach Polen antwortete. Das Ziel der deutschen Regierung war die wirtschaftliche Schwächung Polens. Jegliches Chaos, gesellschaftliche und ethnische Unruhen konnten Deutschland dazu dienen, Gebietsansprüche geltend zu machen. Stresemann formulierte seine Pläne in einer diplomatischen Geheimdepesche wie folgt: „Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage [...] wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat.“ Dieser Plan zeitigte, trotz der anfänglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens, keinen Erfolg. Dank der Konjunktur auf den Weltmärkten konnten neue Absatzmärkte für Kohle gefunden werden. Deutsche Unternehmer waren zwar daran interessiert, auf den polnischen Markt zu expandieren, doch überwogen in Berlin politische Erwägungen, sodass der Handelskrieg bis 1930 andauerte.²⁴

²³ Jerzy Krasuski, *Między wojnami. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej*, Warszawa 1985, S. 99-104; ein anderer Historiker zeigt, dass es Stresemanns Hauptziel gewesen sei, Polen dem Deutschen Reich als Teil Mitteleuropas unterzuordnen, siehe Piotr Madajczyk, *Polityka i koncepcje Gustawa Stresemanna wobec Polski 1915-1929*, Warszawa 1991, S. 212 f.

²⁴ Marek K. Kamiński/Michał J. Zacharias, *Polityka zagraniczna Rzeczypospolitej Polskiej 1918-1939*, Warszawa 1998, S. 82; Jerzy Krasuski, *Polska i Niemcy. Dzieje*

Dafür erzielte Stresemann einen anderen Erfolg, der den polnischen Interessen zuwiderlief. Schon im Februar 1925 schlug er Frankreich einen Vertrag vor, mit dem Deutschland die Unverletzlichkeit der deutsch-französischen und der deutsch-belgischen Grenze garantieren würde. Großbritannien und Italien sollten Garantiemächte dieses Vertrags sein. Bezüglich der Grenzen zu Polen und zur Tschechoslowakei brachte der deutsche Politiker die Bereitschaft zum Ausdruck, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, jedoch ohne die Garantie ihrer Unverletzlichkeit. So stellte er die Sicherheit in Westeuropa auf eine völlig andere Ebene als diejenige in Osteuropa. Nach einem erfolglosen Versuch, die Briten davon zu überzeugen, die Grenzen mit Polen und mit der Tschechoslowakei mit ähnlichen Garantien zu versehen, akzeptierte Briand die deutschen Vorschläge. Die von Aleksander Skrzyński geführte polnische Diplomatie stimmte diesem rechtlich nachteiligen Vertrag zu, der am 16. Oktober 1925 in Locarno geschlossen und endgültig am 1. Dezember in London unterzeichnet wurde.²⁵ Das schweizerische Städtchen wurde in Polen zu einem Symbol für die Nachgiebigkeit des französischen Bundesgenossen gegenüber Deutschland und vor allem für eine diplomatische Niederlage Polens.

Diese erwies sich allerdings als nicht besonders folgenschwer. Trotz einer groß angelegten „Korridorpropaganda“, die die Abnormität der Trennung Ostpreußens vom Rest Deutschlands aufzuzeigen suchte, gelang es Stresemann nicht, seine Pläne für eine friedliche Grenzrevision im Osten zu realisieren. Ein gutes Beispiel für die Wirkung dieser Propaganda war die Haltung des Chefs der britischen Diplomatie, Austen Chamberlain, der in geheimer diplomatischer Korrespondenz äußerte, dass „der polnische Korridor nicht die Knochen eines britischen Grenadiers wert sei“. Noch weiter ging Schatzkanzler Winston Churchill, der 1925 die Revision der polnischen Westgrenze unterstützte und sich für einen Westsicherheitspakt unter Beteiligung Deutschlands aussprach. Die Standpunkte dieser beiden Politiker zeugten davon, welch freundliches

wzajemnych stosunków politycznych (do 1932 roku), Warszawa 1989, S. 414-417, Zitat S. 415, jedoch ohne Beleg. Vgl. Wolfgang Elz (Hg.), *Quellen zur Außenpolitik der Weimarer Republik 1918-1933*, Darmstadt 2007, S. 134 f., Dok. Nr. 63: *Stresemann an die Botschaft in London* (Auszug), Zitat S. 134; hier zitiert nach: Karl Dietrich Erdmann, *Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 6/1955, S. 133-162, hier S. 137.

²⁵ Steiner, *The Lights that Failed*, S. 255-273.

Klima Stresemann im Jahr 1925 für seine Pläne entgegenschlug. Die deutsche Propaganda entfaltete ihre Wirkung indes nicht lange. Einige Jahre später änderten beide britischen Politiker ihre Meinung und stellten sich dem deutschen Revisionismus entgegen, als in Deutschland eine neue Gefahr in Gestalt der nationalsozialistischen Bewegung unter Adolf Hitler auf den Plan trat. In einem Gespräch mit dem Enkel des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck stellte Churchill sich 1930 dessen Ansicht über den ungeeigneten Verlauf der polnischen Grenzen entgegen. Dem britischen Politiker zufolge war es besonders wichtig für die Wahrung des Friedens in Europa, dass Polen durch den „Korridor“ einen gesicherten Zugang zur Ostsee hatte.²⁶

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre war Berlin mit seinen Versuchen einer Revision der deutschen Ostgrenze noch auf diplomatische Mittel beschränkt. Militärische Möglichkeiten, Polen zu bezwingen, hatte es nicht. Die Reichswehr war gut ausgebildet, aber auf 100.000 Soldaten begrenzt und verfügte über keine Panzer, Flugzeuge oder schwere Artillerie. Der polnische Staat unterhielt trotz seiner wirtschaftlichen Schwäche eine Friedensarmee mit 260.000 Soldaten, die unter anderem mit 110 Panzern ausgestattet war. Die Worte General Sikorskis waren daher kein Ausdruck von Hochmut, als er sagte: „Polen wird kein Opfer scheuen und an dem Tag, an dem ein Angreifer auch nur einen Fußbreit auf polnisches Gebiet vorrückt, wird sich ganz Polen erheben, um gnadenlos zu kämpfen. Es ist nicht leicht, ein 30-Millionen-Volk zu zerquetschen, das nichts anderes verlangt als sein Recht auf Existenz.“²⁷ Das bedeutete nicht, dass für das zwischen zwei Großmächten gelegene Polen keine Gefahr bestand, besonders nachdem sich Deutschland in einen totalitären Staat verwandelt hatte. Der britische Botschafter in Warschau, Howard Kennard, brachte das auf eine symbolische Formel. In seinem Jahresbericht, der vom 1. Januar 1937 datierte, bezog er sich auf eine Karikatur in der *Morning Post*, die Hitler und Stalin abbildete, wie sie wild über einem polnischen Zaun gestikulieren, während Józef Beck, der polnische

²⁶ Martin Gilbert (Hg.), *Winston S. Churchill. Companion*, Bd. V, T. 1: *Documents. The Exchequer Years 1922-1929*, London 1979, S. 286 f.; Martin Gilbert (Hg.), *Winston S. Churchill. Companion*, Bd. V, T. 2: *Documents. The Wilderness Years 1929-1935*, London 1979, S. 197; zur Korridorpropaganda siehe Grzegorz Łukomski, *Problem „korytarza“ w stosunkach polsko-niemieckich i na arenie międzynarodowej 1919-1939*, Warszawa 2000.

²⁷ Pajewski, *Budowa Drugiej Rzeczypospolitej*, S. 189.

Außenminister, dort in aller Ruhe sein Grundstück bearbeitet. Der britische Botschafter kommentierte die Zeichnung so: „Das Problem liegt jedoch in der Frage, wie lange Beck seinen Garten bestellen kann, ohne dass einer oder beide Nachbarn eindringen, weil sie einander an die Gurgel gehen wollen.“²⁸ Die ungünstige geopolitische Lage Polens offenbarte sich im August 1939, als die beiden benachbarten Mächte, das „Dritte Reich“ und die Sowjetunion, sich darüber verständigten, das Land unter sich aufzuteilen. Ob Polen territorial zu groß war, wie viele im Westen dachten, oder ob ein kleineres Polen ohne Lemberg und Wilna größere Überlebenschancen gehabt hätte, scheint eine rhetorische Frage zu sein. Freilich hätte man sich ein Polen von der Größe des Königreichs Polen vorstellen können, doch hätte es dann nur als Vasallenstaat eines der beiden großen Nachbarn existieren können.

Aus dem Polnischen von Marcin Wiatr

Abstract

Poland and Her Alliances in Post-World War I Europe

The aim of this study is to analyse the geopolitical position of independent Poland after World War I and the state of her relations with neighbour states, and the policy of building alliances with France and Romania. In view of border conflicts with Lithuania and Czechoslovakia as well as the constant German and Soviet threat, the reborn Polish state was forced to seek for allies in the West. The alliances with France and Romania could not however reduce the danger for Poland emerging from Soviet-German cooperation basing on the treaty of Rapallo from 1922. Also the treaty of Locarno from 1925 in which Polish borders were left without guarantee was seen as a failure of Polish diplomacy. The inconvenient geopolitical position of Poland, and the aggressive policy of the Third Reich and the Soviet Union resulted in the Hitler-Stalin Pact from 23rd of August 1939 and the partition of Poland.

²⁸ The National Archives, Kew, FO 371/20761, C 341/341/55, Annual Report 1936.